

50 Jahrfeier des deutschen Schützenbundes. In der Zeit vom 6. bis 11. d. M. findet in Gotha eine große Feier des deutschen Schützenbundes anlässlich des 50 jährigen Bestandes desselben statt. Bürgermeister Dr. Neumayer hat sich heute in Begleitung des Magistratskommissärs Jiresch zur Teilnahme an dieser Feier nach Gotha begeben und wird Montag wieder in Wien eintreffen. Unter den geplanten Festlichkeiten befindet sich ein großer Festkommers am Samstag abends, ein großer Festzug am Sonntag vormittags; Sonntag, Montag und Dienstag findet das Festschießen statt und abends jedesmal die Becherverteilung.

Städtische Straßenbahnen. Die seit dem Jahre 1908 immer wieder verschobene Regulierung der Mariahilferstraße, die zufolge Demolierung der alten Laingrubenkirche in der Strecke zwischen Königsplatz - und Stiftgasse erforderlich ist, muß im heurigen Jahre zur Durchführung kommen. Bei diesem Anlaß müssen auch die Straßenbahngleise umgelegt werden. Dieselben sind derzeit bekanntlich für den Unterleitungsbetrieb eingerichtet, welcher jedoch hier sowohl als auch in der anschließenden Strecke zwischen Stift - und Webgasse besondere Schwierigkeiten verursacht, so daß trotz größter Sorgfalt bei der Erhaltung nicht allzu selten Betriebsstörungen eintreten. Es wurde deshalb die Auswechslung der Unterleitung, bzw., der Betrieb mittelst Oberleitung ins Auge gefaßt. Der Gemeinderats-Ausschuß für die städtischen Straßenbahnen beschäftigte sich wiederholt mit dieser Angelegenheit und beschloß in seiner letzten Sitzung, im Hinblick auf den mannigfach zu Tage getretenen Widerstand gegen die Oberleitung, der sich auch in Gemeinderatskreisen geltend machte, das System der Unterleitung in der Mariahilferstraße beizubehalten und die Umlegung der Gleise in der Mariahilferstraße nördlich der Laingrubenkirche mit unterirdischer Stromzuführung mit dem Kostenbetrage von 112.000 K zu genehmigen.

Vom Bürgerklub. Am Dienstag den 11. d.M. nachmittags findet eine Sitzung des gemeinderätlichen Bürgerklubs mit der Tagesordnung „Besprechung politischer Tagesfragen“ statt.

Zur Wohnungsnot in Wien. Der Stadtrat beschäftigte sich heute mit dem Fall der Kündigung der Parteien, die im Hause der städtischen Straßenbahnen 17. Wattgasse 87 untergebracht wurden und deren Deputation gestern im Rathause erschien, um eine Verlängerung der Ausleihe zu erwirken. Bekanntlich

soll dieses Objekt demoliert werden, um dortselbst ein Verwaltungsgebäude der städtischen Straßenbahnen zu errichten. Das Gebäude war bereits leer, als über Intervention des Bezirksvorstehers die gegenwärtig dort wohnenden Parteien, welche infolge Mangels geeigneter Wohnungen obdachlos waren, daselbst mit der Verpflichtung untergebracht wurden, daß sie die ihnen eingeräumten Wohnungen termingemäß zu verlassen haben. Der Verhandlung wurden Straßenbahndirektor Spängler, Oberkommissär Dr. Hofer von der städtischen Armenabteilung und Oberingenieur Rakusan von den städtischen Straßenbahnen beigezogen. - Auf Grund des Antrages des Vorsitzenden VB. Dr. Porzer beschloß der Stadtrat, den Hausparteien mitzuteilen, daß jenen Parteien, welche bis 1. August l.J. noch keine neuen Wohnungen gefunden haben, vom Stadtrate gestattet wird, noch einen Monat im Hause zu verbleiben, und die Demolierung des Objektes bis zum 1. September d.J. hinauszuschieben.

Die Feuerungszulagen für die Angestellten der städtischen Unternehmungen. In der heutigen Stadtrats - Sitzung stellte StR. Wippel an den Vorsitzenden die schriftliche Anfrage wegen Erledigung der Vorlage behufs Gewährung von Feuerungszulagen an die Beamten, bzw. Bediensteten der städtischen Unternehmungen. Der Vorsitzende VB. Dr. Porzer beantwortete diese Anfrage dahin, daß die Vorlage bezüglich der städtischen Straßenbahnen in der gestrigen Sitzung des Straßenbahnausschusses erledigt wurden, die Vorlagen bezüglich der städtischen Gas- und Elektrizitätswerke aber heute in den betreffenden Ausschüssen ihre Erledigung finden werden, worauf alle 3 Vorlagen dem Gemeinderate in der nächsten Sitzung vorgelegt werden.

**W i e n e r S t a d t r a t**  
Sitzung am 7. Juli  
Vorsitzende VB. Dr. Porzer und HoB.

Nach einem Berichte des StR. Oppenberger wird die Parzellierung der Liegenschaft 2. Bez. Taborstraße 17 (Hirschmehaus) auf 5 Baustellen genehmigt.

Dem von StR. Hallmann vorgelegten Projekt für die Herstellung einer Baumpflanzung in der Wiedener Hauptstraße im 5. Bez. zwischen dem Hause 123 und der Spengergasse wird mit den Kosten von 1800 K zugestimmt.

Nach einem Bericht des StR. Schner wird der Entwurf für das über dem Ehrengrab der Kammerdame Marie Wilt zu errichtende Grabdenkmal genehmigt.

Das Gemälde von Heinrich Feyer „Die Johanneskapelle am Schanzl“ (gemalt 1851) wird für die städtischen Sammlungen angekauft.

VB. HoB berichtet über die Erhöhung der Quartiergelder für Beamte, Unterbeamte und Diener des städtischen Lager-

hauses. Die Anträge werden genehmigt.

StR. Schneider beantragt, zu den Verhandlungen des vom 28. bis 30. September d. J. in München tagenden 3. Internationalen Mittelstandskongresses je einen vom Bürgermeister zu bestimmenden Vertreter des Gemeinderates und des Magistrates zu entsenden. (Ang.)

Nach einem Bericht des StR. Hölzl wird die Umpflasterung der Döbler Hauptstraße von der Hardt - bis zur Würthgasse im 19. Bezirk mit dem Erfordernisse von 30.000 K genehmigt.

Die Schadloshaltung für den zur Straße abzutretenden Grund beim Hause 19. Bez. Hardtgasse 25 im Ausmaße von 48 m<sup>2</sup> wird mit 35 K per m<sup>2</sup>, beim Hause Silbergasse 8 im Ausmaße von 8,3 m<sup>2</sup> mit 18 K per m<sup>2</sup> festgesetzt.

StR. Knoll beantragt die Festsetzung des Generalbaulinien- und Regulierungsplanes für die Umgebung der neuen Kaserne in Kagran im 21. Bezirk. (Ang.)

Der Umbau des Pumpenhauses auf dem Kagraner Platz im 21. Bezirk und dessen Umgestaltung zu einem Depot für die freiwillige Feuerwehr Kagran wird mit dem Erfordernisse von 24.926 K genehmigt.

Das Projekt für die Regulierung und Umpflasterung der Schloßhofer-, und Rensaufelderstraße im 21. Bezirk wird mit einem nach Abzug der vom Reichsstraßenräar und den städtischen Straßenbahnen zu leistenden Rückersätze verbleibenden Kostenbetrage von 547.600 K genehmigt.

Zur Errichtung eines Hochreservoirs der 2. Hochquellenleitung wird nach einem Bericht des StR. Graf eine größere Grundtransaktion zwischen der Gemeinde Wien und dem Stift Schotten genehmigt. Das Stift überläßt Grundflächen im Ausmaße von 10.313 m<sup>2</sup> und erhält von der Gemeinde Wien Gründe im Ausmaße von 4074 m<sup>2</sup> und eine Aufzahlung von 17.700 K.

Taubstummenunterricht. An der städtischen Taubstummenabteilung im 9. Bezirk, Canisiusgasse 2 findet die Vormerkung behufs Aufnahme neuer Zöglinge für das Schuljahr 1911/12 vom 7. bis 15. d.M. an jedem Werktag zwischen 8 und 12 Uhr vormittags statt. Im kommenden Schuljahre übersiedelt das k.k. Taubstummeninstitut vom 4. in den 15. Bezirk. Jene Externschüler dieses Institutes, welche deshalb im Schuljahre 1911/12 die städtische Taubstummenanstalt im 9. Bez. Canisiusgasse besuchen wollen, mögen ebenfalls daselbst angemeldet werden, damit die Freifahrkarten auf den städtischen Straßenbahnen rechtzeitig besorgt werden können. Auskünfte erteilt die Direktion. - Die Aufnahme in die städtische Taubstummenabteilung an der Volksschule 15. Bez. Zinckgasse 12/14 für das kommende Schuljahr erfolgt am 10., 11. und 12. d.M. sowie am 12., 13. und 14. September. Unbemittelte Schulkinder, die weite Schulwege zurückzulegen haben,

erhalten Freikarten auf den städtischen Straßenbahnen. Die rechtzeitige Anmeldung wird Platzmangels wegen angeraten.

Der Bau des Stadtmuseums. In der heutigen Sitzung des Stadtrates berichtete StR. Schner über die Erbauung des Kaiser Franz Josef Stadtmuseums. Nach seinem Antrage wurden folgende Beschlüsse gefasst:

- 1.) die vom Gemeinderate seinerzeit gefassten Beschlüsse, wonach das städtische Museum auf dem Karlsplatz zu errichten ist, werden reasumiert.
- 2.) das städtische Museum ist auf den der Gemeinde Wien gehörigen Gründen zwischen der verlängerten Hütteldorfer - straße, verlängerten Kirchstettern -, Gablent - und der Müring-gasse mit besonderer Berücksichtigung des durch die Anflassung des Schmelzer Friedhofes gewonnenen Arealen zu erbauen.
- 3.) Zur Erlangung von Plänen für das auf der Schmelz zu erbauende städtische Museum ist eine öffentliche Konkurrenz frei für die dem österreichischen Staatsverbände angehörigen deutschen Architekten ohne Rücksicht auf den Wohnsitz auszu-schreiben. In die Ausschreibung zur Erlangung von Plänen ist auch die Situierung einzubeziehen.

Die Angelegenheit wird auf die Tagesordnung der nächsten Gemeinderatssitzung gestellt.

Zentralsparkasse. An Stelle des aus dem Kuratorium der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien ausgeschiedenen vom Stadtrat gewählten Mitgliedes Dr. Albert Geßmann wählte der Stadtrat in seiner heutigen Sitzung als Mitglied dieses Kuratoriums den Stadtrat Johann Knoll.

Zur gestrigen Bürgerklubsitzung. GR Dr. Mataja macht auf Grund verschiedener an ihn gerichteter Anfragen nachstehende Mitteilung: „Gegenüber dem am 7. Juli 1911 in deutschen Volksblatte veröffentlichten Bericht über die Vorgänge in der Sitzung des Bürgerklubs vom 6. Juli stelle ich fest, daß ich wohl, u. z. zu Beginn der Sitzung den Antrag gestellt habe, die zugesagte Debatte über die politische Situation am selben Tage oder doch in derselben Woche noch abzuführen, daß aber weder ich einen Angriff auf das Klubpräsidium oder die Parteileitung vorgebracht habe, noch ein solcher Angriff von anderer Seite durch Debatte oder „Wischenruf“ gefallen ist. Der Bürgerklub hat vielmehr der Anschauung Ausdruck gegeben, daß die Beratung der Museumsfrage nicht verweigert werden dürfe, er hat es aber leider auch unterlassen, den Zeitpunkt für die politische Debatte sofort festzusetzen. - Überdies ist mittlerweile vom Klubpräsidium diese Sitzung für Dienstag anberaumt worden. Hinsichtlich der gleichzeitigen Sitzung im

Rathaus ist festzustellen, daß dieselbe keineswegs eine Parteileitungssitzung, sondern eine Agitations~~besprechung~~/besprechung für die große Parteiversammlung am kommenden Dienstag war."

-----  
Wohnungsfürsorge. StR. Hans Schneider brachte heute dem Stadtrate einen Bericht des Magistrates über die verschiedenen Möglichkeiten einer Aktion der Gemeinde Wien auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge zur Kenntnis. Der Magistrat erwägt zuerst die Errichtung von Gebäuden mit hygienisch einwandfreien Wohnungen für die mindest bemittelten Bevölkerungsschichten auf Grund der Gemeinde durch die Gemeinde selbst und auf ihre Kosten; er rät aber von einer derartigen Aktion ebenso ab wie von der Leistung einer Kredithilfe an gemeinnützige Genossenschaften, welche sich die Erbauung von Häusern mit kleinen Wohnungen zur Aufgabe setzen, weil letztere Aktion parallel mit dem staatlichen Wohnungsfürsorgefonds laufen würde. Eingehend befaßt sich der Bericht mit der Frage der Ueberlassung von Grund und Boden an Genossenschaften, die sich mit dem Baus von Häusern mit Kleinwohnungen befassen. Für eine derartige Aktion könnten 2 Formen gefunden werden, entweder die bestandweise Ueberlassung von Gründen oder der Verkauf derselben. "Nach Besprechung der Gründe für und Wider gelangt der Bericht, <sup>in dem es heißt</sup> daß mit Rücksicht auf den gegenwärtigen Stand der Gesetzgebung als einziger Weg der Verkauf geeigneter Grundstücke an die Genossenschaften übrig bleibe, und z. zu ermäßigten Preisen und unter sonstigen allfällig leicht zu erfüllenden Bedingungen. Doch müßte die spezielle Widmung in entsprechender Weise an erster Stelle grundbücherlich ~~fest~~sichergestellt werden. An die Grundüberlassung müßten sich auch eine Reihe von Bedingungen knüpfen, dies stich auf die Verbaunungsweise der zu widmenden Gründe, auf die Verwaltung der zu erbauenden Häuser, auf die Vertretung der Gemeinde in den Genossenschaften etc beziehen. Weiterer Erwägungen wird es noch bedürfen, ob sich die Gemeinde mit den bereits bestehenden oder noch zu gründenden Genossenschaften in Verbindung setzen oder die Gründung solcher Genossenschaften selbst in die Hand nehmen soll. Der Bericht, der vom Stadtrate zur Kenntnis genommen wurde, enthält, wie man sieht, noch keinerlei konkrete Anträge, sondern kennzeichnet nur die Linie, in der sich die weiteren Studien und Erhebungen unserer städtischen Aemter bewegen werden, ehe eine definitive Vorlage dem Stadtrate und Gemeinderate unterbreitet werden kann.

-----

Wien, Freitag, den 7. Juli 1911, abends.

Die Teuerungszulagen der Beamten der städtischen Unternehmungen.

Der Gasausschuß hat sich in seiner heutigen Sitzung mit dem Ansuchen der Beamten des städtischen Gaswerkes um Bewilligung einer Teuerungszulage befaßt, und dem Beschluß gefaßt, dem Gemeinderate in seiner nächsten Sitzung eine Vorlage zu unterbreiten, in welcher die Bewilligung einer Quartiergelderhöhung an die Beamtenschaft des Gaswerkes und zwar in demselben perzentuellen Verhältnisse wie dies bei der städtischen Beamtenschaft der Fall war, empfohlen wird.

Auch der Elektrizitätsausschuß, der nach dem Gasausschusse seine Sitzung abhielt, befasste sich mit der Frage der Regulierung der Gehaltsbezüge und Quartiergelder und beschloß, ähnlich wie der Gasausschuß, dem Gemeinderate in einer Vorlage die Erhöhung der Quartiergelder für die Beamten des städtischen Elektrizitätswerkes in ähnlichem perzentuellem Verhältnisse wie dies bei der städtischen Beamtenschaft der Fall ist, zu empfehlen.- Natürlich wird auch diese Vorlage dem Gemeinderat in seiner nächsten Sitzung vorgelegt werden.

amtin die behördliche Bewilligung hiezu einholt.

Eine Schenkung der Stadt Wien für das technische Museum.

Der Elektrizitätsausschuß beschloß in seiner heutigen Sitzung, eine alte Laval turbine, die für den modernen Betrieb nicht mehr geeignet ist, aber vermöge ihrer interessanten Konstruktionsdetails für das neu zu errichtende technische Museum für Industrie und Gewerbe ~~sehr~~ Wert und Bedeutung hat, diesem Museum geschenkweise zu überlassen.- Natürlich wird die Sache noch dem Gemeinderate vorgelegt werden, der zweifellos dem Antrage zustimmen wird.

Eine Kochschule im Direktionsgebäude der städt. Gaswerke.

Eine Beamtin der städtischen Gaswerke, eine staatlich geprüfte Haushaltungslehrerin, Fräulein Anna Dollus veranstaltet seit einiger Zeit regelmäßige/Demonstrationsvorträge über die Verwendung des Gases im Haushalte mit praktischen Kochvorführungen, die sich einer regen Teilnahme in Kreisen der Hausfrauen erfreuen. Die Besucherinnen dieser Vorträge haben nun vielfach den Wunsch ausgesprochen worden, es mögen von der genannten Dame besondere Kochkurse abgehalten werden, da ja bei den öffentlichen Vorträgen naturgemäß ein eingehender Unterricht in der Handhabung der Gasapparate nicht gegeben werden kann. Fräulein Dollus beabsichtigt nun, die behördliche Bewilligung zur Abhaltung solcher Kochlehrkurse zu erwirken, und hat sich an die Verwaltung mit der Bitte gewendet, ihr zur Abhaltung dieser Kochkurse in ihrer dienstfreien Zeit den Vortragssaal im Direktionsgebäude der städtischen Gaswerke in der Josefstaäckerstraße zu ~~über-~~

lassen. Der Gasausschuß hat heute in seiner Sitzung diesem Ansuchen folge gegeben, unter der Voraussetzung, daß die Be-